Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5080—88. Drahtlose Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark zuzüglich Bank-Conto. Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis 0,50 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Sonnabend. 22. Dezember 1923

22 12 a Nr. 595 150 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

MOTORRADHAUS CENTRUM
BERLIN SW 68 Kochstr. 73 Mai 1928

Der afghanische Konflikt.

Die Wettervölker, die sich plötzlich in Mittelasien zusammengezogen haben, rufen die Erinnerung an ähnliche Vorfälle aus dem Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wach, wo es um Afghanistan, das damals zwischen Rußland wie heute Sowjetrußland von Britisch-Indien als Pufferstaat trennte, zu kriegerischen Verwicklungen zwischen Rußland und England zu kommen drohte. Schon seit Anfang 1882 waren zwischen den Staaten Verhandlungen im Gange über die Regelung der persischen und afghanischen Grenze. Als Rußland dann in den ersten Monaten 1885 Offensivabsichten gegen Afghanistan zeigte, begannen die europäischen Regierungen zu vermitteln, um den Alimmenden Funken zum Verlöschen zu bringen. England war nach den Erklärungen Lord Rosberys zum Waffengang mit Rußland bereit. Ein großer Kriegsrat wurde im Mai 1885 vom Parlament bereits bewilligt worden. Es ist das Verdienst Bismarcks, daß es damals nicht zu kriegerischen Verwicklungen kam, da es ihm gelang, die Türkei zur strikten Neutralität zu veranlassen. Er wurde dabei durch die österreichisch-ungarische Regierung unterstützt. Auch Frankreich schloß sich diesem Schritt in Konstantinopel an. Der einzige Vorschlag, das Vorgehen der Russen in Verbindung mit dem Schiedsspruch eines fremden Souveräns zu überweisen, wobei in erster Linie an Kaiser Wilhelm I. gedacht wurde, fand keinen Anklang. England und Rußland einigten sich dann am 10. September über die Berichtigung der afghanischen Grenze.

Auch bei dem neuen afghanischen Konflikt ist das Verhalten der Türkei von Wichtigkeit. Am 23. Juli 1921 wurde in Moskau zwischen Mohammed Wali Khan, Dr. Reza Nur Bey und Jussuf Kemals Bey ein türkisch-afghanischer Vertrag aufgesetzt, der Ende vergangenen Jahres in Kabul von dem Emir und Pari Pascha als Vertreter Angoras unterzeichnet worden ist. Artikel IV des Vertrages lautet:

„Wenn eine fremde Macht im Orient eine Eroberungs- oder Ausdehnungspolitik zu betreiben beabsichtigt und sich einer Rechtsübertretung einer der beiden hohen vertragschließenden Regierungen zuschulden kommen macht, wird die andere der beiden hohen vertragschließenden Mächte diese Rechtsübertretung wie eine gegen sie selbst gerichtete betrachten und alle ihr zu Gebote stehenden Mittel zu ihrer Abwendung anwenden."

Danach würde die Türkei bei einem Vorstoß Englands über die afghanische Grenze zum Waffengang an der Seite Afghanistans verpflichtet, wobei die durch den Lausanner Vertrag getroffene Regelung der Dardanellenfrage ihre erste Feuerprobe zu bestehen hätte. Zwischen der Türkei und Persien einerseits und Persien und Afghanistan andererseits bestehen Freie vertragsmäßen Bindungen dieser Art. Wie weit Sowjetrußland zur Waffenhilfe bereit ist, ist eben so wenig bekannt. Jedenfalls bestehen in Afghanistan sehr starke Neigungen zu Moskau, die aus der Zeit herrühren, als nach dem Zusammenbruch Rußlands im Jahre 1917 Afghanistan vor der Gefahr stand, den großangelegten Plänen des deutschen Imperialismus zum Opfer zu fallen, da dieses nun nicht mehr durch den russisch-englischen Vertrag vom September 1917 gebunden war.

Die mittelasiatischen Verwicklungen könnten auch noch weitere Kreise ziehen. Es ist bekannt, daß England seinen Bundesgenossen Japan bei der Erneuerung des Bündnisvertrages im Jahre 1905 zum Dritten seinen indischen Besitz bestimmt hatte. Damit würden Japans Interessen für Indien noch mehr als bisher geweckt. Auch in neuester Zeit hat Japan diese Linie nicht weiter verlassen. Es hat noch weiter nach Westen angegriffen und war der erste Staat, der sich beeilte, mit der wiedererstandenen Türkei Beziehungen aufzunehmen. Zurzeit befindet sich eine japanische „Handelsmission" auf dem Wege nach Persien. Sie hat in dem unter britischer Verwaltung stehenden Irak zunächst eine Unterbrechung der Reise eingelegt. Was Sowjetrußland anbetrifft, so sind seine Streitkräfte durch das Wiederaufleben der Aufstände in Turkestan und Tetzhana zum Teil gebunden. Auch hält sich der Führer der Bolschewik-Bewegung, Ibrahim Beg, noch in Buchara auf, gegen den die Sowjets im Rahmen der Roten Armee eine nationalbuchanische Truppe aufzustellen versuchen.

O. M.

Die deutsch-französischen Besprechungen.

In einem Berliner Morgenblatt wird von angeblichen neuen Schritten der Regierung in Paris gesprochen. Es handelt sich hier, wie wir hören, nur um ein Stoßium des zwischen Berlin und Paris gepflogenen Gedankenaustausches. In dem Stadium, in dem sich zurzeit zwischen den deutschen Geschäftsträger in Paris und dem französischen Ministerpräsidenten war schon betont worden, das Ziel der deutschen Regierung sei, in schnell wie möglich vertragsmäßige Zustände im Rheinland herzustellen. Um dies zu erreichen, war als notwendig bezeichnet, über die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung und den Wiederaufbau in besetzten Deutschland zu verhandeln. Es war darauf angekündigt worden, daß die Reichsregierung beabsichtige, ihre Vorschläge näheren präzisieren. In diesem Stadium befinden sich die Besprechungen augenblicklich.

Ende der Revolution in Mexiko?

Paris, 21. 12. (T. U.) Aus Veracruz wird mitgeteilt, daß der Oberkommandierende der aufständischen Truppen, General Sanchez, nach Esperanza aufgebrochen sei, um mit seinen Waffengefährten über die Beendigung des Konfliktes eine Aussprache herbeizuführen.

Berliner Kurse vom 22. 12 :

1 Dollar amtlich: ℳ 4200 Milliarden
Zuteilung 10%
1 Pfund amtl.: ℳ 18300 Milliarden
Zuteilung 10%
1 Goldmark ℳ 1000 Milliarden
(1 Goldmark = 1 Rentenmark)

Bericht der Berliner Vertretung des Garantieausschusses.

Ueber Deutschlands Ernährungslage.

Paris, 22. 12. (W. T. B.)

„Petit Parisien" berichtet, daß der Garantieausschuß, der bereits gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammentrat, seine kurzen Beratung beendet, seine Vertretung in Berlin aufzufordern, raschestens gewisse Auskünfte über den Ernährungszustand in Deutschland zu liefern. Der Ausschuß wird seinen Bericht in Kürze so nach der Entscheidung den Alliierten oder der Reparationskommission übermitteln.

Das offizielle Communiqué der Reparationskommission.

Paris, 22. 12. (W. T. B.) Nach dem von der Reparationskommission ausgegebenen offiziellen Communiqué ist beschlossen worden:

1. das deutsche Verlangen, dem Nahrungsmittelkredit eine Priorität zu geben, gemäß Artikel 251 des Friedensvertrags den alliierten Regierungen zu überweisen;

2. dem Garantieausschuß zwecks Erleichterung der Entscheidungen, die nunmehr die alliierten Regierungen oder die Reparationskommission zu treffen haben, Auftrag zu erteilen, lediglich einen Bericht zu liefern über die Vorräte an Brotgetreide und Spinnfasertaten in Deutschland.

Ueber den Stand der Verhandlungen in der Frage des Sachverständigenkomitees sagt das Communiqué, es seien gewisse Formalitäten zu erfüllen. Die Kommission habe beschlossen, die Ernennung der Sachverständigen aufzuschieben, abgesehen von dem Fall der amerikanischen Mitglieder des ersten Ausschusses, in dem die Kommission gegen der amerikanischen Entfernung beschlossen hat, den Vorsitzenden General Dawes und den Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Electric-Comp. in New York, Owen Young, zur Teilnahme an den Arbeiten des genannten Sachverständigenkomitees aufzufordern. Ferner sei beschlossen worden, dem General Dawes den Vorsitz dieses Ausschusses anzubieten.

Pariser Skeptizismus.

Paris, 22. 12. (T. U.) Die verbündeten Regierungen, die gestern von der Reparationskommission über den deutschen Antrag um Priorität befragt worden sind, werden entweder selbst über diesen Antrag Beschluß fassen oder ihren Mitgliedern in der Reparationskommission Vollmachten erteilen.

Von den Morgenblättern äußert sich der „Excelsior" sehr skeptisch bezüglich der Tätigkeit des Garantiekomitees und meint, daß der Berliner Delegation der unparteiische Eindruck in die innere Lage des Reiches schwer fallen werde. Im übrigen sei anzunehmen, meint das Blatt, daß die französische und belgische Regierung bei ihrer Weigerung, die Priorität vor den Reparationen einzuräumen, bleiben werden.

Die Reparationskommission hat letzten Endes die Entscheidung.

Paris, 22. 12. (W. T. B.) Zu dem gestrigen Beschluß der Reparationskommission schreibt „Echo de Paris", die Delegierten hätten festgestellt, daß es ihnen nicht möglich sei, sich über das Sachliche der Angelegenheit zu verständigen. Sie hätten sich deshalb nur dazu bereit gefunden der Prozedur geeinigt und die deutschen Forderungen an die alliierten Regierungen übermittelt. Darauf habe die Reparationskommission geantwortet, daß sie diese Angelegenheit nicht leicht abgeben könnte, da sie seit mehr als zwei Jahren das Mandat habe, die finanziellen des Versailler „Vertrages" auszuführen und auszulegen. **Die Reparationskommission sehe also voraus, daß ihr die Angelegenheit zur Entscheidung zufallen werde,** denn sie habe in ihren Garantieausschuß, der seit zwei Jahren tätig sei, beauftragt, eine erste Untersuchung über die Hilfsquellen Deutschlands an Brotgetreide und Spinnfasern vorzunehmen. Das Blatt wirft dann die Frage auf, unter welchen Bedingungen werde man, wenn in der Garantiekommission ein Defizit an Nahrungsmitteln feststelle, die verlangte Erlaubnis erteilen und für welchen Betrag. Wenn die wirkliche Diktatur eingeleitet sei, dann werde wohl der französische Vorführer die Argumente seiner Regierung vorbringen.

Englische Arbeiterpartei und deutscher Prioritätsantrag.

Paris, 22. 12. (T. U.) Aus Neuyorugen der Pariser Morgenblätter ist zu schließen, daß diese damit rechnen, daß die Arbeiterpartei Anfang Januar in London die Macht ergreifen und das Schicksal der deutschen Lebensmittelanleihe entscheiden wird. In diesem Zusammenhang verdient eine Londoner Nachricht des „New York Herald" Beachtung. In dieser wird ausgeführt, daß die Labour-Party sich für die Annahme des deutschen Ersuchens einsetzen wird. In London gelte es als sicher, daß die Vereinigten Staaten den Prioritätsplan durchaus befürworten werden, und es unterliege keinem Zweifel, daß ein aus menschlichen Erwägungen kommender Appell in den Kreisen der Labour-Party großen Widerhall finden wird. — Perlinq im „Echo de Paris" spielt gleichfalls auf die Bedeutung an, die der Entschluß Ramsay Mac Donalds in der Frage des Prioritätsantrages haben wird.

Poincarés unveränderte Unnachgiebigkeit.

London, 22. 12. (W. T. B.) Die Presse hebt die in der gestrigen Kammerrede Poincarés zum Ausdruck kommende unverändert unnachgiebige Haltung des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der Nahrlieferung hervor. In einem „Daß wird Frankreich tun?" überschriebenen Leitartikel führt „Daily News" aus, was Poincaré auch immer beabsichtige, bleibt bei englischen Sachverständigen meinten es sei kaum denkbar, daß Frankreich auch von dem amerikanischen Delegierten Dawes gesagt werden. Man könne daher erwarten, daß keiner dieser Vertreter sich mit einer Scheinuntersuchung abspeisen lassen werde oder mit einer Untersuchung, die in ihrer Reichweite so beschränkt sei, daß ihre Ergebnisse keinerlei praktische Bedeutung haben könnten. Die grundlegende Tatsache bleibe bestehen, daß Poincaré keinerlei Andeutung oder seine Bereitwilligkeit gegeben habe, an einer Erörterung der wirklichen Schwierigkeiten teilzunehmen. Es werde der Reparationskommission selbstverständlich unmöglich sein, herauszufinden, wieviel Deutschland zahlen könne, wenn sie nicht über die genaue Absicht der französischen Regierung mit Bezug auf das besetzte Gebiet unterrichtet werde.

*

In diesem Zusammenhang muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß Poincaré in seiner gestrigen Kammerrede noch Hohes bei Besprechung der im Ruhrgebiet abgeschlossenen Verträge erklärte, die Sachlieferungen müßten zuerst für die Begleichung der Besetzungskosten und dann erst für die Reparationszahlungen dienen.

Mc Kenna über die deutschen Auslandsguthaben.

Verkauf an die Reichsregierung und Ueberweisung an die R. K. vorgeschlagen.

A. **London**, 22. 12. (Eigenbericht.)

Die Ernennung Mac Kennas zum Delegierten des Zweiten Sachverständigenausschusses der Reparationskommission erregt in politischen Kreisen lebhaftes Interesse, weil sein Standpunkt hinsichtlich der Auslandsguthaben bekannt ist. Mac Kenna vertritt sich über diese Frage im Oktober vorigen Jahres in einer Rede vor der amerikanischen Bankvereinigung, und führte damals aus, die auswärtigen Guthaben deutscher Staatsangehöriger sollten an die deutsche Regierung verkauft und von dieser der Reparationskommission überwiesen werden. Diese Transaktion sei jedoch nur mit Zustimmung der Kapitalseigentümer möglich, da keine Regierung einen zwangsweisen Verkauf durchführen könnte. Er sei jedoch überzeugt, daß die Zustimmung der Kapitalsbesitzer zu erhalten sei, falls der Vertrag ihrer Ansicht für sie mit Vorteilen verbunden wäre. Mac Kenna schätze damals die Höhe des deutschen Auslandskapitals auf 1 Milliarde Dollar. „New York Times" meldet, die amerikanische Regierung schätze das deutsche Guthaben in Amerika auf annähernd 200 Millionen Dollar.

Das deutsche Kapital in Amerika auf 200 Millionen Dollar geschätzt.

New York, 22. 12. Die amerikanischen Bankiers interessieren sich lebhaft für die künftigen Arbeiten der Reparations-Sachverständigenausschüsse, von denen der eine bekanntlich in Amerika zusammentreten wird, die deutschen Kapitalien im Auslande aufsuchen soll, um dann, wenn möglich, glatte Abwicklung der Rheinschiffahrt unter vollster Wahrung der Mannheimer Konvention wieder zu ermöglichen. Die Sachverständigen werden der Kommission der beteiligten Regierungen, der Kommission sobald wie möglich zwecks Erörterung auf der nächsten Tagung darüber zu berichten, was geschehen sei. Die deutsche Delegation hat sich unter folgendem Vorbehalt angeschlossen:

Die deutsche Delegation hält ihren rechtlichen Standpunkt aufrecht, daß die Rheinschiffahrtskommission das zuständige Organ ist, das über Verstöße gegen die Mannheimer Akte auf die von der deutschen Regierung verwiesen worden ist, zu entscheiden hat. Die deutsche Delegation behält sich vor, ihren Antrag von neuem der Kommission zur Entscheidung vorzulegen, und hegt die feste Hoffnung, daß die beteiligten Regierungen sich bemühen werden, möglichst bald eine glatte Abwicklung der Rheinschiffahrt unter voller Beachtung der Mannheimer Konvention wieder zu ermöglichen.

Erfolge in den Verhandlungen über die rheinische Goldnotenbank.

Köln, 21. 12. (W. T. B.) In der Vollsitzung der Kölner Handelskammer erklärte Geheimrat Dr. Louis Hagen über die Verhandlungen in der Angelegenheit der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank u. a., daß ein erheblicher politischer Erfolg in den Verhandlungen erzielt worden sei. Dieser Erfolg bestehe darin, daß die deutschen Unterhändler von den französischen und belgischen Mitgliedern der Rheinlandkommission die Zusage erhalten hätten, daß Zug um Zug mit der Genehmigung der Goldnotenbank das die jetzt in besetzten Gebiet noch nicht genehmigte Rentenbankgesetz zugelassen werden würde. Durch die Zulassung dieses Gesetzes in vollem Umfang würden nicht nur die wesentlichsten der Hemmungen beseitigt sein, die bisher für den Betrieb vorgelegen gewesen seien, sondern es würde auch — deren Zulassung aus politischen Gründen nicht erfolgt sei —, sondern ferner 800 Millionen neue Rentenmark hineingelassen werden können, weil damit auch die hypothekarische Belastung von 4% im besetzten Gebiet Platz greifen werde. Das sei ein erheblicher politischer Erfolg, über den man sich außerordentlich freuen könne.

Deutscher amtlicher Besuch im Gefängnis zu Löwen.

W. T. B. meldet: Im besonderen Auftrage des Auswärtigen Amts und mit Einwilligung der königlich belgischen Regierung hat ein höherer Beamter der deutschen Gesandtschaft in Brüssel die im Gefängnis Löwen befindlichen 10 deutschen Staatsangehörigen besucht. Es handelt sich um deutsche Staatsangehörige, die aus Anlaß des Ruhrkonflikts von belgischen Kriegsgerichten verurteilt worden sind, und um die angeblichen Urheber der Erschießung des belgischen Leutnants Groff. Von dem Ergebnis des Besuches sind die Angehörigen bereits vom Auswärtigen Amt verständigt worden.

Vertrauensvotum für das polnische Kabinett.

Warschau, 21. 12. In der heutigen Sejm-Sitzung wurde das Gesetz, betreffend außerordentliche Vollmachten für die Regierung, in der letzten Lesung angenommen.

Zum Schluß fand die Abstimmung über das Vertrauensvotum statt. Für Grabski stimmten 193, gegen 76. Gegen die Regierung Grabski haben die nationalen Minderheiten gestimmt.

Nahrungsmittelkredite für die Ruhr.

Großzügige amerikanische Hilfe.

In wahrhaft großzügiger Weise hat sich der amerikanische Bankier Herr James H. Causey aus Denver um die hungernde Bevölkerung im Ruhrgebiet verdient gemacht.

Wie viele Amerikaner besuchte auch Herr Causey vor einigen Monaten das Ruhrrevier, und die Eindrücke, die er von der dortigen Not gewann, veranlaßten ihn, der Stadt Essen zum Kartoffelankauf aus eigenen Mitteln 50000 Dollar als zinsfreies Darlehen zur Verfügung zu stellen. Das Darlehen wurde nach kurzer Zeit durch die Essener Bankfirma Hirschland zurückgezahlt.

Dieser erste amtliche Schritt ermutigte Herrn Causey, größere Summen zu beschaffen, um der gesamten notleidenden Ruhrbevölkerung weitere Nahrungsmittel zukommen zu lassen.

Mit Unterstützung des bekannten holländischen Rechtsanwalts van Houten sammelte er in Holland etwa 100000 Dollar für diesen Zweck und wandte sich dann, ebenfalls in Holland bald anerkannt, an wohlhabende englische Gelehrte, von denen er 200000 Dollar erhielt. Um seine Absicht, die Summe auf 500000 Dollar zu bringen, durchzuführen, ist Herr Causey nach Amerika abgereist, von wo er bald zurückzukehren gedenkt.

Der seiner Absicht von London sah drei Gründe, die englischen Gelehrter zu einem Ersuchen ein, bei dem der Kämmerer der Stadt Essen, Herr Dr. Seipel, über die Sicherstellung des gelehrenen Geldes und seine Verwendung Aufschluß gab.

Ruhreinbruch und Rheinschiffahrt.

Paris, 22. 12. (W. T. B.)

Der Rheinschiffahrtskommission, die seit dem 15. 12. in Straßburg tagt, lagen Klagen der deutschen, der holländischen und der schweizerischen Schiffahrt darüber vor, daß im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung die Durchführung der Mannheimer Akte von 1868 behindert worden sei. Die Kommission hat nun heute eine Entschließung angenommen, in der sie sich für die Beurteilung der im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung eingetretenen Ereignisse für zuständig erklärt und die Hoffnung ausspricht, daß die beteiligten Regierungen sich bemühen werden, eine möglichst glatte Abwicklung der Rheinschiffahrt unter vollster Wahrung der Mannheimer Konvention wieder zu ermöglichen. Die Entschließung erfordert die Kommission der beteiligten Regierungen, der Kommission sobald wie möglich zwecks Erörterung auf der nächsten Tagung darüber zu berichten, was geschehen sei. Die deutsche Delegation hat sich unter folgendem Vorbehalt angeschlossen:

Die deutsche Delegation hält ihren rechtlichen Standpunkt aufrecht, daß die Rheinschiffahrtskommission das zuständige Organ ist, das über Verstöße gegen die Mannheimer Akte auf die von der deutschen Regierung verwiesen worden ist, zu entscheiden hat. Die deutsche Delegation behält sich vor, ihren Antrag von neuem der Kommission zur Entscheidung vorzulegen, und hegt die feste Hoffnung, daß die beteiligten Regierungen sich bemühen werden, möglichst bald eine glatte Abwicklung der Rheinschiffahrt unter voller Beachtung der Mannheimer Konvention wieder zu ermöglichen.

Suchen nach deutschen Kapitalien im Ausland „ohne Nutzen".

Paris, 22. 12. Die näheren Gründe, die die Regierung der französischen Zurückweisung der Frage der Sachverständigenausschüsse bewirkten, wie sie in den gestrigen Beschlüssen in der Reparationskommission zutage getreten sind, werden nunmehr deutlicher. Ernerseit setzte einer der Sir John Bradbury vorgeschlagenen englischen Sachverständigen die Teilnahme an der ihm angetragenen Arbeit noch nicht zugesagt, andererseits machte sich in amerikanischen Regierungs- und Finanzkreisen scheinbar ein gewisser Högern bemerkbar, an der Unterfuchung der nach dem Auslande geflüchteten deutschen Kapitalien teilzunehmen. Der deutsche Leitartikel der „Journée industrielle" beschäftigt sich mit der Frage, ob überhaupt die Suche nach diesen deutschen Kapitalien möglich ist, und wohin sie führen wird. Das Blatt kommt zu der Schlußfolgerung, daß eine Suche nach den deutschen Kapitalien nur im Inneren Deutschlands mit Aussicht auf Erfolg vorgenommen werden könne. Das Blatt erkennt an, daß im Auslande keine Rechtsmittel bestünden, um die Depots in den Banken selbst zu beschlagnahmen. Außerdem machen die Bankiers von dem französischen und belgischen Mitgliedern der Rheinlandkommission die Zusage erhalten hätten, daß Zug um Zug mit der Genehmigung der Goldnotenbank das bis jetzt in besetzten Gebiet noch nicht genehmigte Rentenbankgesetz zugelassen werden würde. Durch die Zulassung dieses Gesetzes in vollem Umfang würden nicht nur die wesentlichsten der Hemmungen beseitigt sein, die bisher für den Betrieb vorgelegen gewesen 100 Millionen Rentenmark — deren Zulassung aus politischen Gründen nicht erfolgt sei —, sondern ferner 800 Millionen neue Rentenmark hineingelassen werden können, weil damit auch die hypothekarische Belastung von 4% im besetzten Gebiet Platz greifen werde. Das sei ein erheblicher politischer Erfolg, über den man sich außerordentlich freuen könne.

Der Kampf um Anerkennung der Sowjetregierung.

Durchgreifende Untersuchung der russischen Frage in Amerika.

London, 22. 12. (W. T. B.)

Reuter berichtet aus Washington, daß eine „durchgreifende Untersuchung" der gesamten russischen Frage durch den Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten unter Vorsitz des Senators Lodge wahrscheinlich unmittelbar nach den Feiertagen stattfinden werde. Dieses Vorgehen sei vorgestern beschlossen worden auf der Einberufung einer Konferenz durch Senator Borah, in der Präsident Coolidge aufgefordert wird, die Sowjetregierung anzuerkennen. Senator Borah will erklärt haben, Beweise für russische Propaganda-Tätigkeit in den Vereinigten Staaten vorhanden seien, Beamte des Staatsdepartements seien jedoch übergeugt, daß für gegenüber dem Kontrollausschuß für ausländische Angelegenheiten die Echtheit der veröffentlichten Dokumente bezüglich der russischen Propaganda darum können; es heiße, daß das Justizdepartement nicht nur eine beobachtende Verfügung gegeben, sondern auch erklärt habe, daß die Urheberschaft direkt auf die Sowjetregierung zurückgeführt werden könne.

New York, 22. 12. (T. U.) Der amerikanische Justizminister teilt mit, daß eine Gruppe von Kommunisten im Verlaufe einer in New York abgehaltenen geheimen Sitzung wichtige Anweisungen aus Moskau erhalten habe. In verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten seien überall Kampfeinheiten mit je einem Hauptmann an der Spitze gebildet worden und zurzeit bestünden in New York acht kommunistische Verbände, deren Mitglieder ihren Vorgesetzten, die sich den Namen „Exekutivausschuß der Roten Armee Amerikas" zusammengeschlossen haben, Treue schwören. Das unmittelbare Ziel der Kommunisten bestehe darin, eine Einigung herbeizuführen, die Arbeiterverbände in eine einzige Organisation zu verschmelzen, um bei Ausbruch der Revolution sie völlig in der Hand zu haben.

In England.

London, 22. 12. (W. T. B.) „Daily Telegraph" wendet sich heute erneut in scharfen Worten gegen eine Anerkennung der Sowjetregierung. Ramsay Macdonald, der im Gegensatz zu Staatssekretär Hughes berücksichtigte, die Grundsätze aufzugeben, die die britische Regierung bisher bei Rußland befolgt habe, gehalten habe. Es werde früh genug sein, Rußland anzuerkennen, wenn Rußland seinen Anstand nehme. Bevollmächtigten in unseren Ländern zu hinterlegen.

Um die Mehrarbeit.

Metallarbeiter.

rw. **Essen**, 21. 12. (Eigenbericht.) Die radikale Richtung der Metallarbeiter, wie sie sich in Deutschen Metallarbeiterverband darstellt, kam in einer Urabstimmung bekanntlich zu einer fast einstimmigen Ablehnung der verschlechterten Bedingungen. Eine Urabstimmung, die der Verbandsvorsitzende die Wiederaufnahme der Arbeit vorschlug, lehnte weitere Verhandlungen über die Lohnfrage stattfinden.

Kali- und Kohlenbergbau.

Von beteiligter Seite wird uns geschrieben: Seit vielen Monaten hat sich die Kaliindustrie mit steigendem Nachdruck bemüht, mit den Führern der Arbeiterorganisationen zu einem Abkommen über die unbedingt erforderliche allgemeine Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit zu gelangen. Diese Bestrebungen scheiterten bisher an Verhandlungen, führten jedoch jedesmal die Ergebnislosigkeit dieser Verhandlungen vor Augen. Daß es dann dem Arbeitgeberverein nicht konnte auch das Eingreifen des Reichsarbeitsministers die notwendige Arbeitsverlängerung bisher nicht durchsetzen.

Diese Taktik der Arbeitervertreter hat den Arbeitgeberverband der Kaliindustrie bei der Bevölkerung immer mehr in Mißkredit gebracht. Die Arbeitgeberverbands der Kaliindustrie hat daher von sich aus unter Herausfassung des Lohnes die Arbeitszeit wieder auf 8 Stunden (Vorkriegsarbeitszeit) aufgesordert.

Verbotene Parteien und Wahlen.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich unter Beanstandung des Verfügung des Dresdener Militärbefehlshabers vom 12. 12. und das Verbot der Nationalsozialistischen, der Deutsch-völkischen und der Kommunistischen Partei mit einem sozialdemokratischen Antrag, der Verfügung vom 12. 12. die Ausübung der Wahlen bezw. ihrer Beendigung auch für verbotene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinigungen zur Betreibung der Wahlen zulässig sein soll; Versammlungs- und Presseverbot sollen auch für die verbotenen Parteiorganisationen nur den allgemeinen strafrechtlichen und polizeilichen Beschränkungen unterliegen.

Nach kurzer Aussprache wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen mit einem Zusatzantrag Dr. Kahls (Dt. Vp.), dem sozialdemokratischen Antrag das Wort „ausschließlich" einzufügen, so daß also die Gründung von Vereinigungen nur ausschließlich zur Betreibung der Wahlen zulässig sein soll.

Die Krise des deutschen Parlamentarismus.

Von
Dr. Ricker.

I.

Die Ereignisse der letzten Monate haben die Wendung, die sich in der Einstellung des deutschen Volkes gegenüber seiner jetzigen Staatsform seit etwa drei Jahren vollzieht, außerordentlich beschleunigt. Es ist erschütternd zu sehen, wie im Volk die republikanisch-parlamentarische Staatsform und ihre Organe, vor allem die Parlamente, die aus diesen hervorgegangenen Kabinette und die politischen Parteien politischen Kredit verloren haben. Die Parteien erscheinen als Vertreterungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Klassen, die eine über die Interessen der von ihnen vertretenen Kreise hinausgehende Einstellung zum Allgemeinwohl nicht gefunden haben, das Parlament als das im Streite dieser Interessengegensätze sich- und versöhnende Kompromiß dieser Klassenvertretungen und der von einem solchen Parlament beherrschte Staat als der Spielball einzelner Bevölkerungsteile, als Kampfgebiet und Kampfmittel in Kämpfe aller gegen alle.

Man mag sich zu dieser Wandlung stellen wie man will, jedenfalls ist sie eine Tatsache, mit der man rechnen muß, und der leider die durch geändert wird, daß man ihr gegenüber die Augen verschließt, noch dadurch, daß man schmunzelnd Zeichen zum Lobe der parlamentarischen Republik auf die sich gelangweilt abwendende Oeffentlichkeit lostägt. Viel haben zu der Abkehr unseres Volkes vom Parlamentarismus die Verhältnisse der letzten Jahre beigetragen, die geeignet waren, jede Staatsform unpopulär zu machen; aber trotzdem kann der Parlamentarismus im deutschen Volke nie heimisch werden, und die Männer, die 1917 und 1918 das Verdikt wilhelminischer Verfassung bei uns einführen zu können glaubten, haben weder dem deutschen Volke noch dem Parlamentarismus damit einen Gefallen erwiesen.

Der Parlamentarismus, d. h. die Uebertragung der gesamten Leitung des Staates, nicht nur der Gesetzgebung, sondern auch der Exekutive durch die Vertrauensmänner der Volksmehrheit, von dem jeweiligen Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängig, ist ein Kompromiß zwischen dem Prinzip der parlamentarischen Regierung und der Gewaltenteilung. Das Prinzip der Gewaltenteilung, das Montesquieu in seinem vor der Französischen Revolution verfaßten Werk „De l'esprit des lois" entwickelte, ist ein Produkt des Kampfes gegen den absolutistischen Staat, der alle Gewalten in seiner Hand vereinigte. Es geht aus von der Trennung der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt als ein Dogma zu betrachten, das in einer Verfassung ungeheuer verletzt wird, es gerade das Parlament die gesetzgebende Stelle ist, in deren Hand man die gesamte Staatsgewalt vereinigen kann.

Das Parlament vertritt nicht den Staat, sondern das Volk, und auch das Volk nicht als ein Ganzes, sondern als eine Vielheit durch wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und religiöse Gegensätze voneinander getrennter, miteinander kämpfender Gruppen. Alle Gruppen, in die das Volk gespalten ist, spiegeln sich in den Parteien des Parlaments wider. So sehen wir z. B. im Deutschen Reichstag Parteien, die die Arbeiterschaft, die Bank- und Börsenwelt, die Großindustrie, die Landwirtschaft vertreten, neben katholische, bayerische, hessische, hannoversche Parteien, aber keine Partei, die den Staat, die Gesamtheit gegenüber allen diesen Interessengruppen vertritt. Wohl bemühen sich die meisten Parteien, Abgeordnete aus allen wirtschaftlichen und sonstigen Bevölkerungsschichten aufzustellen, aber an der großen Linie ihrer grundsätzlichen Interessenpolitik wird durch solche Konzessionsvertreter nichts geändert. Die tiefere Einstellung der Partei wird doch durch den Willen der Wählerschaft ihrer Wähler und ihrer Führer gelegentlich bestimmt. Natürlich behaupten sich alle Parteien, daß sie das Vaterland über die Partei stellen, und es mag auch Parteien und ihren Führer auten Willen, diesen Grundsatz wirklich durchzuführen, ist auch zweifelhaft; aber ebenso unzweifelhaft ist, daß auch hier wieder die Verhältnisse stärker sind als die Absicht, und daß eine Parlamentsarbeit ihrer ganzen Natur nach nichts anderes sein kann als eine Interessenvertretung. Im übrigen schämen sich nicht einmal alle Parteien, ihre Interessen auch theoretisch das Allgemeinwohl über das Gruppeninteresse zu stellen. — Auf der letzten Konferenz des sozialdemokratischen Parlaments- und Gewerkschaftsabgeordneten hat sich ein Genosse Seeger nicht entblödet, unter dem Beifall der Versammlung auszurufen: „Wenn das Interesse der Arbeiterschaft mit dem Staatsinteresse gegenübersteht, haben wir im Interesse der Arbeiterschaft zu handeln; der grundlegende Fehler ist, daß sich bei uns die Auffassung von einem über dem Ganzen stehenden Staat eingebürgert hat." (Die gesperrten Stellen sind im Bericht des „Vorwärts" durch fetten Druck hervorgehoben.) Wenn man die Kluft über den Staat stellt, dann braucht man dies noch einen Schritt weiter zu gehen, und man muß auch den einzelnen über die Klasse und über den Staat stellen und dieser wackere sozialdemokratische Klassenpolitiker hat jedes moralische Recht verloren, einen Schieber zu verurteilen, der seine Worte freut auf sich anwendet und sagt: „Wenn mein Interesse dem Staatsinteresse gegenübersteht, habe ich in meinem Interesse zu handeln." Die weitsichtigeren Elemente in der Sozialdemokratie werden wohl an derartigen, verantwortungslosen Extremismus auch keine große Freude haben, aber die hier wiedergegebene Ansicht ist weit genug verbreitet in ihrer Partei. Aber auch, wenn diese bewußte Klassenpolitik getrieben wird, kann sich keine Partei unzustroft über die tausenderlei Rücksichten auf die Kreise, die mit dem Stimmzettel und dem Geldbeutel die Partei unterstützen, hinwegsetzen, will sie nicht in kurzer Zeit zu einer einflußlosen Gruppe von Ideologen herabsinken.

Einer so gestalteten Körperschaft die Leitung des Staates uneingeschränkt auszuliefern, bedeutet, den Staat heradsinken in den Kampf seiner Bestandteile, bedeutet, den Zeilen die